Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1911

205 (29.7.1911) 2. Blatt

Visual Library

Nr. 205. 2. Blatt

Karlsruher Zeitung

29. Juli 1911

Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

Soziale Rundschau.

Zentralstelle für Volkswohlfahrt.

Die Wirksamkeit der Zentralstelle für Volkswohlfahrt läßt sich an der Hand des **Tätigkeitsberichts** für die Zeit vom 1. April 1910 bis 1911 verfolgen. Bedauerlicherweise ist in dieser Zeit ein ständiger Rückgang der Mitgliederzahl erfolgt, eine Erscheinung, die ihren Grund teils in dem mangelnden Verständnis weiter Kreise für die Arbeit der Zentralstelle haben mag, teils auch darin, daß die Richtung führender Persönlichkeiten dieses Instituts den Anschauungen mancher Mitgliedergruppen nicht entspricht. Die heftigen Anfeindungen der Zentralstelle durch die von Dr. Al. Tille inspirierten Großindustriellen des Südwestens sind ein Zeugnis dafür. Die Tätigkeit der Zentralstelle kommt vor allem in Konferenzen und zahlreichen Veröffentlichungen — von denen bekanntlich einige wie Concordia und Volksbildungsarchiv periodischen Charakter tragen — zum Ausdruck. Einen Begriff von der mehr praktischen Arbeit der Zentralstelle gibt anderseits die Tatsache, daß sie im Berichtsjahre schriftlich in 514 Fällen, mündlich aber sehr viel häufiger Auskunft erteilte. Die letzte Informationsreise der Zentralstelle führte nach Südwestdeutschland, wo im Anschluß an kommunale und private gewerbliche Betriebe zahlreiche Wohlfahrtseinrichtungen in Augenschein genommen wurden. Auf der letzten Konferenz in Elberfeld wurde das Thema: Lehrlingswesen und Berufserziehung des gewerblichen Nachwuchses erörtert; hierzu waren die Unterlagen im Wege einer umfassenden Erhebung bei den geeigneten Organen unserer Volkswirtschaft besorgt worden. Auf dem Gebiete der Bauberatung und der Organisation der Wohnungsreform wurde ein Ausschuß gebildet, der in seinem Mitgliederkreise die Vertreter geeigneter Körperschaften umschließt. Eins seiner nächsten Aufgaben ist die Einrichtung provinzieller Zentralen für Wohnungsreform und Bauberatung. — Die Abteilung II der Zentralstelle kann sich im Jahresberichte rühmen, daß sie von den meisten Organisationen für Jugendpflege als der Mittelpunkt ihrer Bestrebungen in Deutschland angesehen wird. Die Erweiterung ihrer Fachkommission durch Aufnahme solcher Persönlichkeiten, die auf den Sondergebieten des Volksbildungswesens führend sind, bezeichnet die diesem gewidmete Abteilung als das für sie bedeutsamste Ergebnis des verflossenen Jahres. Aus einer Konferenz, die im Mai veranstaltet wurde und vielseitige Teilnahme fand, ging, laut „Soz. Pr.", eine Kommission für den Kampf gegen die Schundliteratur hervor, die alsbald ihre praktische Wirksamkeit beginnen soll. Die Abteilung für Gesundheitspflege war im letzten Jahre wesentlich mit der Fertigstellung einer umfangreichen Schrift über „Ernährung und Lebenskraft der ländlichen Bevölkerung" beschäftigt, die auch von einigen Ministerien verschiedener Bundesstaaten zur Verteilung an geeignete Behörden bezogen wurde. Dies läßt erhoffen, daß die zuständigen Organe für die ländliche Gesundheitspflege der Ernährungsfrage ihre Aufmerksamkeit zuwenden werden. Ferner wurde im Berichtsjahr eine große Zahl von Photographien und Plänen über sozialhygienische Einrichtungen gesammelt, die bei Auskünften und Vorträgen Verwendung finden.

Die Tätigkeit der Tuberkulosenausschüsse in Baden.

Soeben ist der von Professor Dr. Hugo Starck, dem Vorsitzenden des Landestuberkuloseausschusses erstattete Sonderbericht über die Tätigkeit der Tuberkuloseausschüsse in Baden im Jahre 1910 erschienen. Wir entnehmen dem Bericht, der zunächst die in die Jahrhundertwende fallende Entwicklung einer Organisation zur Bekämpfung der Lungentuberkulose behandelt, folgende Angaben: Von 432 Tuberkuloseerkrankungen, die zur Kenntnis des Ausschusses (der Abteilung V des Badischen Frauenvereins) kamen, entfielen 323 auf Karlsruhe, 109 auf das übrige Großherzogtum. Von den 323 Tuberkulösen der Stadt Karlsruhe wurden 47 in Heilstätten, bezw. Krankenhäusern untergebracht. Eine Reihe von Vorträgen und Versammlungen waren dazu angetan, die Organisation zu stärken oder aber auch auf die Lungentuberkulose selbst aufklärend hinzuweisen. Ganz besonderes Interesse erweckten die mit Vorführung von Lichtbildern verbundenen Vorträge. Zur Volksaufklärung diente ferner das Tuberkulosemuseum, das von Baden-Baden aus seine Wanderung durch das Großherzogtum angetreten hat. Immer mehr sucht der Landestuberkuloseausschuß sein Augenmerk einer wirksamen Prophylaxe, der Verhütung der Tuberkulose zuzuwenden. Neuerdings hat man nun erkannt, daß die Ansteckung bereits im Kindesalter erfolgt, und die Fürsorge sich deshalb vor allem auf das Kindesalter zu erstrecken hat. Vorwiegend prophylaktischen Zwecken dient die Walderholungsstätte für Männer bei Ettlingen, welche Eigentum des Landestuberkuloseausschusses ist und im Sommer 1910 von 58 Personen besucht wurde. — Nach dem Rechnungsergebnis betrugen die Einnahmen 23 741 M., die Ausgaben 23 872 M. — Das Jahr 1910 bedeutet für die Tuberkulosebekämpfung im Großherzogtum Baden einen neuen Aufschwung, wie vor allem aus der Zahl der die Hilfe der Ausschüsse aufsuchenden Kranken hervorgeht. Im Jahre 1907 nahmen nämlich 1818 Kranke, 1908 2220 und 1910 insgesamt 3558 Kranke die Hilfe der Ausschüsse in Anspruch. Die Zahl der Hilfesuchenden hat sich sonach in den letzten 4 Jahren annähernd verdoppelt. Von Neugründungen sind besonders die Organisationen der Landbezirke Pforzheim und Lahr zu erwähnen. Die Statistik der Sterblichkeit in Baden ergibt wiederum ein günstiges Resultat. Der Tuberkulose erlagen im Jahre 1904 4202 Personen, das sind 2,14 auf 1000 Lebende, auf 1907 3725 Personen, das sind 1,81 auf 1000 Lebende und 1909 1,70 auf 1000 Lebende.

Die Säuglingssterblichkeit.

In den letzten Jahrzehnten ist im Deutschen Reich ein nicht unbeträchtlicher **Rückgang** der Säuglingssterblichkeit zu verzeichnen; doch sind die Sterblichkeitsverhältnisse der Kinder im ersten Lebensjahr im Vergleich zu den anderen Kulturstaaten immer noch groß. Noch immer nimmt Deutschland bezüglich der Säuglingssterblichkeit einen der ungünstigsten Plätze unter den europäischen Staaten ein und wird darin nur von Rußland, Österreich, Ungarn und Rumänien übertroffen. In Schweden und Norwegen ist die Säuglingssterblichkeit nicht einmal halb so groß als im Deutschen Reich. Aber auch zwischen den einzelnen deutschen Bundesstaaten bestehen noch große Unterschiede. Steht doch im Jahre 1908 neben einer Säuglingssterbeziffer von 12,6 für Hessen eine solche von 16,8 für Baden, 17,2 für Elsaß-Lothringen, 18,4 für Württemberg, 19,4 für Mecklenburg-Schwerin, 20,1 für Sachsen und 21,7 für Bayern, während sich die der preußischen Provinzen zwischen 10,8 für Hessen-Nassau und 22,1 für Pommern bewegt. Diese großen Unterschiede beweisen, wie dringend notwendig eine energische Bekämpfung dieses Übels noch in vielen Gegenden Deutschlands ist. — Das Großherzogtum **Baden** gehört nach diesen Vergleichszahlen zu den günstigeren Gebieten des Reiches; es bleibt mit seinen 16,8 Säuglingstodesfällen auf 100 Lebendgeborene unter dem Reichsdurchschnitt (17,6) und weist nächst Hessen unter den süddeutschen Staaten die niedrigste Verhältniszahl auf. In den Jahren 1909 und 1910 ist die Kindersterblichkeit in Baden allerdings wieder etwas ungünstiger geworden als 1908; es starben von 100 Lebendgeborenen 17,3 bezw. 17,8. Zwar ist die Zahl der gestorbenen Untereinjährigen in den beiden letzten Jahren geringer als in irgend einem Vorjahr, aber auch die Zahl der Lebendgeborenen ist zurückgegangen, so daß die auf sie bezogene Sterbeziffer sich, wenn auch nur wenig, verschlechtert hat. Die Zahl der Kinder, die vor Vollendung des ersten Lebensjahres gestorben sind, hat sich seit den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts absolut um 27,8 Proz. vermindert; im Verhältnis zu den Lebendgeborenen ist der Rückgang noch größer, er beträgt in der gleichen Zeit genau ein Drittel und seit den 60er Jahren sogar noch etwas mehr (34,3 Proz.).

Vom Verkehrswesen.

Schiffsgüter- und Floßverkehr in den wichtigeren badischen Rheinhäfen.

ob. Der Gesamtverkehr in den vier wichtigeren badischen Rheinhäfen einschließlich des Neckarhafens von **Mannheim** belief sich im Jahr 1910 auf 7,9 Millionen Tonnen (6,7 Millionen in Ankunft und 1,2 Millionen Tonnen in Abgang). Von diesem Gesamtumschlag auf der Wasserstraße treffen 4,2 Proz. auf **Kehl**, 10,7 Proz. auf **Karlsruhe**, 21 Proz. auf **Rheinau** und 64,1 Proz. auf **Mannheim**. Die Schiffahrt war während des ganzen Jahres durch einen **außerordentlich hohen Wasserstand** begünstigt. Infolgedessen konnten die Fahrten in den nach oberhalb Mannheim gelegenen Häfen möglichst ausgedehnt werden, und daher hat sich der Wasserverkehr in dem am Endziel der badischen Oberrheinschiffahrt gelegenen Hafen von **Kehl** gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt. Der Gesamtumschlag hob sich von 162 980 Tonnen im Jahr 1909 auf 328 551 Tonnen im Jahr 1910 und erreichte damit das günstigste Ergebnis seit Bestehen des Hafens. Die Hauptverkehrsgüter in der weitaus überwiegenden Zufuhr zur Berg sind **Steinkohle, Steinkohlenkoks** und **Briketts** mit 139 502 Tonnen, Weizen und Spelz mit 61 862 Tonnen, Hafer mit 17 508 Tonnen, Mais mit 210 218 Tonnen und Roheisen mit 12 412 Tonnen. Die Zufuhr zu Tal bestand größtenteils aus Kreide, die auf dem Weg über den Rhein-Marnekanal eingeführt wurde. Talabwärts gingen von Kehl aus 25 998 Tonnen, worunter 7806 Tonnen Hölzer.

Auf den Verkehr im städtischen **Rheinhafen Karlsruhe** haben die Wasserstandsverhältnisse scheinbar nicht den verkehrsfördernden Einfluß ausgeübt wie auf Kehl, weil die Schiffahrt viele Ladungen, die sie bei weniger günstigen Wasserständen bereits in Mannheim oder Karlsruhe hätte löschen müssen, der Ersparnis der Bahnfracht wegen ohne Unterbrechung soweit als möglich bergabwärts zu schaffen bemüht war. Die Zunahme des Gesamtverkehrs im Karlsruher Hafen belief sich bei 846 470 Tonnen auf nur 15 647 Tonnen oder 1,9 Proz. gegenüber dem Vorjahr. Die Hauptrolle spielen **Kohle, Holz, Getreide** und **Baumaterialien**. Im **Rheinhafen** ist der Gesamtverkehr mit 1 658 392 Tonnen gegenüber dem Vorjahr fast gleich geblieben. Die Hauptrolle spielen hier Steinkohlen mit 1 343 763 und Braunkohlen mit 524 473 Tonnen.

Der für die Hafenanlage in **Mannheim** ermittelte Gesamtverkehr mit 5 068 269 Tonnen ergibt einen Rückgang von 641 727 Tonnen oder 11,2 Proz., der aber kein tatsächlicher, sondern nur ein rechnungsmäßiger ist. Der Verkehr in Schiffsgütern und Floßholz erreicht in Mannheim seinen Höchststand mit 6 095 924 Tonnen im Jahre 1907. Seitdem sind die amtlich festgestellten Verkehrsziffern, von Jahr zu Jahr gesunken, im Jahre 1908 auf 5 958 037 Tonnen, im Jahre 1909 auf 5 709 996 Tonnen usw. Der Verkehrsrückgang 1907/08 ist aus der ungünstigen wirtschaftlichen Lage des Jahres 1908 zu erklären, teilweise auch auf die verminderte Getreidezufuhr infolge ungünstiger Ernten in den Einfuhrländern zurückzuführen. Der **gesamte Güterverkehr** Mannheims, d. h. einschließlich des Eisenbahnverkehrs, war in der gleichen Zeit von 9 885 585 Tonnen auf 9 294 536,5 Tonnen oder um 5,9 Proz. heruntergegangen, der Güterverkehr im Hafen von Ludwigshafen von 2 188 444 Tonnen auf 2 176 056 Tonnen. Für die Beurteilung des Rückgangs der bedeutend niedrigeren Gesamtverkehrsziffern im Schiffsgüterverkehr der beiden Folgejahre 1909 und 1910 ist neben dem Wettbewerb und der Verkehrsentwicklung der oberrheinischen Häfen Karlsruhe, Kehl, Straßburg und Basel, zumal bei den außerordentlich günstigen Wasserständen der beiden letzten Jahre, auch die Verkehrsgestaltung in dem in Aufschwung begriffenen Ludwigshafen und die Änderung der Anmelde- und Anschreibebestimmung für die Reichsbinnenschiffahrtsstatistik in Berücksichtigung zu ziehen, welche mit dem 1. Januar 1909 in Kraft getreten ist.

Die **Verkehrszunahme** in den Häfen Basel, Kehl, Straßburg, Lauterburg und Karlsruhe beläuft sich 1909 auf zusammen 458 822,5 Tonnen, im Jahre 1910 auf insgesamt 401 523 Tonnen. Der Überschlagsverkehr zwischen Rhein und Neckar läßt sich auf mindestens 250 000 Tonnen jährlich schätzen und auch in der Richtung nach dem Oberrhein ist er recht bedeutend. Dieser Überschlagsverkehr ist seinem vollen Umfange nach nur während der ersten sechs Monate des Jahres 1909, seitdem nur noch in verhältnismäßig geringen Mengen zur Anschreibung gelangt und wird für das Jahr 1911 ganz aus den statistischen Nachweisungen verschwinden. Die Feststellungen für 1909 und 1910 sind also nur unter Beachtung dieser schwer ins Gewicht fallenden Tatsache mit den Ergebnissen früherer Jahre vergleichbar.

Vom **Mannheimer Schiffsgüterverkehr** entfallen fünf Sechstel oder 4 206 954 Tonnen auf die Anfuhr, davon sind 4 160 973 Tonnen oder 82,1 Proz. auf dem Rhein, der Rest mit 45 891 Tonnen auf dem Neckar in Mannheim angekommen. Der Floßverkehr auf dem Neckar ist im Berichtsjahr stark zurückgegangen.

Die Schmalspurbahn Mannheim—Dürkheim

Der **Bau einer elektrischen Schmalspurbahn von Mannheim nach Dürkheim** in der Pfalz ist jetzt, wie wir bereits melden konnten, als gesichert anzusehen. Zur Ausführung dieses Unternehmens wird die **Rhein-Hardt-Bahngesellschaft** m. b. H. gegründet, an der sich die Städte Mannheim, Ludwigshafen a. Rh. und Dürkheim beteiligen. Die Vorgeschichte dieses Projektes reicht bis in die Jahre 1883 und 1884 zurück. Der Ausführung stellten sich jedoch bisher eine ganze Reihe von Schwierigkeiten entgegen. Nunmehr ist jedoch die endgültige Konzession der bayerischen Regierung erfolgt. Die Bahn wird als Schmalspurbahn gebaut und elektrisch betrieben werden. Sie stellt im wesentlichen eine Verlängerung des Straßenbahnnetzes Mannheim-Ludwigshafen dar. Auf der Strecke Ludwigshafen-Oggersheim wird sie als selbständige Linie der Stadt Ludwigshafen zur Ausführung kommen. Auf der Strecke bis Dürkheim werden die Orte Ruchheim, Maxdorf, Fußgönheim, Ellerstadt, Gönheim und Friedelsheim einbezogen werden. Die Bahn wird in erster Linie dem Personenverkehr dienen, der Güterverkehr bleibt auf Markt- und Stückgüter beschränkt. Die gesamten Kosten des Bahnbaues sind veranschlagt mit 1 420 000 M. Der Gemeinschaftsvertrag über die Erbauung der Bahn zwischen den Stadtgemeinden Mannheim und Ludwigshafen und der Rhein-Hardt-Bahn-Gesellschaft, der alle die Bestimmungen enthält, wurde in der Stadtratssitzung von Ludwigshafen genehmigt. Auch die Bürgerversammlung von Bad Dürkheim hat den Vertrag zwischen den Städten Mannheim und Dürkheim genehmigt und der unentgeltlichen Bereitstellung des notwendigen Geländes zugestimmt. Der den Gemeinschaftsbetrieb zwischen den Beteiligten regelnde Vertrag bestimmt, daß die Wagen und Züge der Gesellschaft nach Ludwigshafen-Mannheim, die Betriebsmittel der Straßenbahnen Mannheim und Ludwigshafen aber nach Bad Dürkheim und umgekehrt durchlaufen. Zur Hebung des Ausflugsverkehrs sind für die Sonntage billige Fahrkarten vorgesehen, deren Preis voraussichtlich 1 M. betragen wird, wovon Mannheim 10 Pf., Ludwigshafen 30 Pf. und Dürkheim 60 Pf. bekommen würden. Die Gründung der Rhein-Hardt-Bahngesellschaft m. b. H. ist nach allen Einzelheiten des Planes als ein Zusammenschluß von Gemeinden aufzufassen, um den Vorortbahnbau zu fördern. Den gleichen Zweck verfolgt die unter Mitwirkung der Stadt Mannheim gegründete Oberrheinische Eisenbahngesellschaft, mit dem Unterschiede, daß dort auch das Privatkapital, die Süddeutsche Eisenbahngesellschaft, die Rheinische Schuckert-Gesellschaft, die Neue Rheinau-Terrain-Gesellschaft, die Süddeutsche Diskonto-Gesellschaft u. a. herangezogen wurden. Bei dieser Gesellschaft sind übrigens auch die letzten Schwierigkeiten, die der Übertragung der Bahnkonzession von der Süddeutschen Eisenbahngesellschaft auf die Oberrheinische Eisenbahngesellschaft, nunmehr beseitigt, so daß die notarielle Beurkundung der Gründungsverträge erfolgen kann.

Aus Landwirtschaft und Industrie.

Die landwirtschaftlich bebaute Fläche im Großherzogtum.

bc. Nach der Erhebung vom 1. Juni über den landwirtschaftlichen Anbau im Großherzogtum hat der **Rückgang der landwirtschaftlichen Fläche** auch im Jahr 1911 **angehalten**; sie ist gegenüber der letztjährigen Erhebung um 880 Hektar gesunken und beträgt nunmehr 834 890 Hektar. Es hat zwar der Anbau von Getreide, Hackfrüchten und Handelsgewächsen eine Zunahme, der Anbau von Futterpflanzen und Reben dagegen eine Abnahme gegenüber dem Vorjahr erfahren. Auch die Wiesen, das Gartenland, sowie das Streuland und Torfmoor haben gegenüber dem Vorjahr zugenommen, die ständige Weide dagegen abgenommen. Unter den einzelnen **Getreidearten** weist im Vergleich mit dem Vorjahr der Winterroggen die stärkste Verminderung auf (um 3120 Hektar), der Winterspelz hat um 1680 Hektar abgenommen; dagegen hat Hafer um 2420 Hektar und Sommergerste um 1920 Hektar an Fläche gewonnen. Unter den **Futterpflanzen** stehen der rote Klee mit 37 350 Hektar und Luzerne mit 27 510 Hektar an den ersten Stellen; mit Esparsette sind 8090, mit Grünmais 6930 Hektar angepflanzt: Lupine und Seradella (zusammen 26 Hektar) sind für das Großherzogtum von untergeordneter Bedeutung. Infolge fortdauernden Rückgangs des Raps-, Flachs- und Hanfbaues verliert der **Handelsgewächsbau** von Jahr zu Jahr weiter an Boden; die Abnahme der mit Hopfen bepflanzten Fläche hat in diesem Jahr 76, im Vorjahr 196 Hektar betragen; neu angelegt wurden im Jahr 1911 im ganzen Land nur 22 Hektar. Im Gegensatz dazu nimmt der Anbau von Tabak in den letzten Jahren wieder zu; in diesem Jahr wurden 131 Hektar mehr als im Vorjahr gebaut. Der **Kartoffelbau** umfaßt im Berichtsjahr eine Gesamtfläche von 88 070 Hektar (130 Hektar weniger als im Vorjahre), der Runkelrübenbau eine Fläche von 31 130 Hektar (300 Hektar mehr als im Vorjahr). Das **Rebland** ist von 16 770 Hektar im Jahr 1910 auf 16 110 Hektar im Berichtsjahr zurückgegangen. Im Ertrag standen 15 600 Hektar; davon sind bestimmt zur Gewinnung von Weißwein 9200 Hektar, von Rotwein 1710 Hektar, die übrigen 4690 Hektar sind mit gemischten Stöcken bestanden.

Im Monat Juni gelangten beim Genossenschaftsvorstand der badischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft **578 Unfälle** zur Anzeige, wovon 534 auf die Landwirtschaft und die mitversicherten Nebenbetriebe und 44 auf die Forstwirtschaft entfallen. Erstmals entschädigt wurden 305 Fälle; hierunter sind 11 Fälle mit tödlichem Ausgang. An Jahresrenten wurden für die neu entschädigten Fälle 24 810 M. angewiesen, und zwar an 294 Verletzte 23 380 M., an 6 Witwen

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

760 M. und an 4 Kinder 670 M. Für die tödlich verlaufenen Unfälle wurden weiter 550 M. Sterbegelder bezahlt. Im gesamten waren zu Anfang des Monats Juni 25 087 Personen im Rentengenusse, davon schieden im Laufe des Monats durch Einstellung der Rente 382 und durch Tod 68 aus. Unter Berücksichtigung des obigen Zuganges bezogen hiernach auf 1. Juli 24 941 Personen Renten im gesamten Jahresbetrage von rund 2 002 400 M. Die Zahl der Fälle, in welchen im Laufe des Monats Juni Entschädigungen abgelehnt wurden, betrug 120; in 386 Fällen mußten Änderungen im Rentenbezuge vorgenommen werden.

(Geflügelzuchtkurs.) Da immer noch Anfragen wegen Abhaltung eines weiteren Geflügelzuchtkurses bei der Landwirtschaftskammer einlaufen, hat sich diese entschlossen, einen vierten Kurs in Kappelrodeck in der Zeit vom 15.—17. August d. J. abzuhalten. Gesuche um Zulassung sind an die Landwirtschaftskammer in Karlsruhe zu richten, die über alle Einzelheiten bereitwilligst Auskunft erteilt.

Finanzieller Wochenrückblick.

—m— Frankfurt, 27. Juli.

Die Erörterungen über die **Marokkoaffäre** beschäftigte die Börse im Laufe der Woche in stärkerem Maße und die Spekulation legte sich aus diesem Grunde größere Zurückhaltung auf. Wenn man auch in Deutschland den Ernst der Lage, der durch die Erklärungen des englischen Schatzministers geschaffen worden ist, nicht verkennt, so glaubt man doch nicht, daß ein ernsterer Konflikt daraus entstehen könnte. Man erwartet nun mit größerer Spannung die Erklärungen, die Herr **Asquith** heute im Unterhause abgeben wird, wobei man die Hoffnung hegt, daß dieselbe eher einen beruhigenden Eindruck hervorbringen dürfte. (Vergl. Hauptblatt.)

Abgesehen von den politischen Erwägungen, die die Börse zu größerer Reserve bestimmten, wirkte auch die **tropische Hitze**, die man schon längere Zeit in unvermindertem Grade anhält, lähmend auf die Unternehmungslust der Börsenkreise aus. Auch der Umstand, daß viele Börsenbesucher sich derzeit in der Sommerfrische befinden, machte sich in merklicher Weise fühlbar. Die Betrachtungen, die man infolge der anhaltenden Dürre an den mutmaßlichen **Ausfall der Ernte** knüpfte, wirkten gleichfalls verstimmend, zumal aus verschiedenen Teilen des In- und Auslandes größere Wetterschäden gemeldet werden.

Während bei uns die Situation am **Eisenmarkte** angesichts der bevorstehenden Erneuerung der großen Syndikate und der verworrenen Lage am Stabeisenmarkt sich nicht in besonders günstigem Lichte präsentiert, lauten die vom amerikanischen Eisenmarkt vorliegenden Meldungen etwas zuversichtlicher. Der **Steeltrust** soll jetzt mit 71 Proz. seiner Leistungsfähigkeit, andere unabhängige Werke sogar bis zu 85 Proz. ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt sein. Das Geschäft in Fertigware sei lebhafter geworden. Auch sollen größere Schienenbestellungen stattgefunden haben. Trotz alledem wird über unbefriedigende Preise geklagt. Der **Quartalsausweis des Stahltrusts** machte kaum Eindruck, da er in ähnlichem Rahmen erwartet worden war. Die von der Interstate Commission vorgenommene **Tarifermäßigung** für die Frachtraten wirkte anfänglich recht verstimmend, wurde jedoch später wieder ruhiger beurteilt.

Montanwerte stellten sich im Zusammenhang mit obenerwähnten Umständen zumeist niedriger.

Von den **führenden Werten** waren besonders Bochumer, Deutsche Luxemburger, Phönix und Gelsenkirchener angeboten. Auch Oberschlesische Eisenbahnbedarf mußten etwas nachgeben. Im Zusammenhang mit den neuerdings im Ruhrgebiete eingelegten Feierschichten schwächten sich auch Harpener ab.

Auf dem **Bankenmarkte** bestand auch Verkaufsneigung, so daß Dresdener, Deutsche Bank, Handelsgesellschaft niedriger gegeben wurden. Auch russische Banken, sowie Warschau-Wiener Eisenbahnaktien mußten sich erhebliche Preiskonzessionen gefallen lassen.

Von **anderen Verkehrswerten** lagen Schiffahrtsaktien schwächer auf die neuerdings vorgekommenen Cholerafälle.

Von **Bahnen** stellten sich außerdem Orientbahnen Shantung und Baltimore niedriger.

Elektrizitätsaktien lagen gleichfalls matter. Ebenso die meisten **Industriewerte** und **Kolonialpapiere.**

Geld bleibt weiter flüssig. Trotzdem schwächten sich die **heimischen Fonds** etwas ab, während **ausländische** behauptet blieben.

Die heute vorliegenden wesentlich günstigeren politischen Meldungen übten auch auf die **Gesamthaltung der Börse** einen günstigen Einfluß aus, der speziell den Montanwerten zustatten kam.

Ultimogeld 3¼ Proz.
Privatdiskonto 2½ Proz.

Kursbericht der Karlsruher Zeitung.*

Nachdruck verboten. 28. Juli 1911.

Deutsche Staatspapiere.

4... Dtsche R. Schatzanw. f. 1/10.11	100.20
4... do. . . . . fäll. 1/4.12	100.30
4... do. . . . . fäll. 1/7.12	100.40
4... do. Anl. unk. bis 1918 . .	102.50
3½ do. „	93.65
3... do.	83.60
4... Preuß. Schatzanw. fäll. 1/10.11	100.15
4... do. . . . . fäll. 1/7.12	100.40
4... do. . . . . fäll. 1/4.13	100.45
4... Preuß. Cons. unk. b. 1918 . .	102.55
4... do. (Staffelanl.)	100.30
3½ do.	93.65
3... do.	83.50
4... Bad. Anl. v. 1901 drlsb. ab 09	100.40
4... do. v. 08 u. 09 uk. b. 1918	101.45
4... Bad. Anl. v. 1911 uk. b. 1921	101.85
3½ do. abgest. (fl) .	—
3½ do. abgest. (R) .	94.—
3½ do. v. 1886 abgest. .	93.50
3½ do. v. 1892 u. 1894	93.—
3½ do. v. 1900 kdb. ab 1905 . .	91.70
3½ do. v. 1902 kdb. ab 1910 . .	91.30
3½ do. v. 1904 unkdb. b. 1912 .	91.30
3½ do. v. 1907 unkdb. b. 1915 .	91.30
3... do. v. 1896	84.95
4... Bayr. Ablösungsrente	100.—
4... do. E.-B.-Anl. kdb. ab 06 .	101.70
4... do. E.-B. u. A. A. unk. b. 15 .	101.70
4... do. E.-B. u. A. A. unk. b. 18 .	101.70
4... do. E.-B. u. A. A. unk. b. 20 .	102.30
3½ do. E.-B. u. Allg. Anl. . .	91.25
3½ do. Landeskultur-Rente . .	90.90
3... Bayr. E.-B. Anl.	81.20
4... do. Pfälz. E.-B. Priorität .	100.40
3½ do.	—.—
3½ do. (konv.) u. v. 1895 . . .	94.50
3½ Bremer v. 1888, 92, 99 . .	—.—
3... do. v. 1896 u. 1902 . . .	79.80
3... Elsaß-Lothr. Rente	81.70
4... Hamb. St.-A. am. 1900 u. 09 .	100.50
4... do. am. v. 1907 unk. b. 15 .	—.—
4... do. 1908 unk. bis 1918 .	—.—
4... do. 1909 unlgb. bis 1912 .	101.—
4... do. 1911 unk. bis 1931 . .	101.25
3½ do. St. Rente	—.—
3½ do. St. Anl. amort. . . . (v. 1887, 91, 93, 99, 1901)	—.—
3... do. v. 1886, 97 u. 1902 .	—.—
4... Hessen v. 1899 kdb. ab 1909 .	101.—
4... do. v. 1906 unk. bis 1913 .	100.85
4... do. v. 1908 u. 1909 uk. b. 1918	101.40
3½ do. v. 06 uk. b. 1913 abgest. .	90.90
3½ do.	90.90
3... Hessen v. 06 uk. b. 1913 abgest.	80.10
3... Sächsische Rente	83.50
4... Württemb. unkdb. bis 1915 .	101.90
3½ do. v. 1875 abgest. .	95.30
3½ do. v. 1879/80 abgest. .	92.60
3½ do. v. 1881/83 abgest. .	91.—
3½ do. v. 1885 abgest. .	—.—
3½ do. v. 1885 u. 1887 abgest. .	92.60
3½ do. 1888 u. 1889	92.60
3½ do. 1893	—.—
3½ do. 1894	—.—
3½ do. 1895	—.—
3½ do. 1900	91.—
3½ do. 1903	—.—
3... do. 1896	84.—

Städtische Anlehen.

4... Stadt Bad.-B. v. 08 uk. b. 13 .	100.—
3½ do. 1898 kdb. ab 1903 .	—.—
3½ do. 1905 kdb. ab 1910 . .	—.—
3... do. 1886	87.—
4... Stadt Bruchsal 09 unkgb. b. 14 .	—.—
3½ do. 1895	—.—
4... do. Durlach (K. b. B. B.-Z.) .	—.—
3½ do. Ettlingen tilgb. ab 09 .	91.—
4... do. Freiburg v. 00 kb. ab 05 .	99.70
3½ do. 1881 u. 84 abg., 88 u. 98 .	—.—
3½ do. 1903 kdb. ab 1908 . . .	—.—
4... do. Heidelberg 1901 . . .	100.—
4... do. 1907 unk. bis 1913 .	100.20
3½ do. 1894	90.20
3½ do. 1903	90.20
3½ do. 1905 tilkdb. ab 1911 .	90.20
4... do. Karlsruhe 07 unkgb. b. 13 .	100.—
3½ do. 1900 abgest.	—.—
3½ do. 1902 kdb. ab 1907	90.40
3½ do. 1903 kdb. ab 1908 . .	—.—
3... do. 1886	91.—
3... do. 1889	—.—
3... do. 1896	—.—
3... do. 1897	85.50
3½ do. 1902 (Kj. b. B. B.-Z.) .	—.—
3½ do. Lahr 1889	90.50
3½ Stadt Lahr 1902	89.90
3½ do. Lörrach 1905	—.—
3½ do. Offenburg 98 kb. ab 04 .	—.—
3½ do. 1905 kb. ab 1910 . .	—.—
4... do. Pforzheim 99 kb. ab 04 .	99.80
4... do. 1901 kdb. ab 1906 . .	—.—
4... do. 1907 unkb. bis 1913 .	—.—
4... do. 1910 unkb. bis 1915 .	—.—
3½ do. 1883 abgest. u. 1905 .	—.—
4... do. Rastatt 08 unkgb. b. 18 .	—.—

Pfandbriefe.

4... Rh. Hyp. Mannheim kb. ab 02 .	99.30
4... do. kdb. ab 1907	99.30
4... do. unkb. bis 1912	99.60
4... do. unkb. bis 1917	99.80
4... do. unkb. bis 1919	100.30
3½ do.	89.80
3½ do. unkb. bis 1914	89.80
3½ do. Kommunal	91.20

*) Der Kursbericht enthält die Kurse einer Auswahl mündelsicherer Wertpapiere nach der Veröffentlichung der Frankfurter Börse.

Rheinische Hypothekenbank Mannheim. A.244.52

Eingezahltes Aktienkapital M. 22 050 000.—
Gesamtreserven . . . . „ 22 699 925.11
darunter:
Gesetzlicher Reservefond M. 9 000 000.—
Pfandbriefsicherungsfond „ 4 500 000.—

Hypothekenbestand . . .	Ende 1910	M.	540 383 617.—
Kommunal-Darlehen . . .	„	„	10 866 354.48
Pfandbriefumlauf	„	„	514 049 900.—
Kommunal-Obligationenumlauf	„	„	9 294 100.—

Der Geschäftsbericht für das Jahr 1910, sowie Zirkulare betreffend Kapitalanlage in unseren Pfandbriefen und Kommunalobligationen können von der Bank direkt oder von sämtlichen Pfandbriefverkaufsstellen gratis und franko bezogen werden. Unsere Aktien Pfandbriefe und Kommunalobligationen nehmen wir kostenlos in Verwahrung.
Unsere **Pfandbriefe** u. **Kommunalobligationen** sind bei der **Bank selbst** und bei allen **Banken** und **Bankiers** erhältlich.

RHEINISCHE CREDITBANK MANNHEIM
Aktienkapital: M. 95 000 000.— **Reserven: 18 500 000.—**
Zweigniederlassungen in:
Baden-Baden, Bruchsal, Freiburg i. B., Furtwangen, Heidelberg, Kaiserslautern, Karlsruhe, Konstanz, Lahr i. B., Lörrach, Mülhausen i. E., Neunkirchen (Reg.-Bez. Trier), Offenburg, Pforzheim, Pirmasens, Rastatt, Speier a. Rh., Straßburg i. E., Triberg, Villingen, Weinheim a. d. B., Zell i. W. und Zweibrücken.

Bank für Handel und Industrie
(Darmstädter Bank) Freiburg i. Br.
An- und Verkauf von Effekten
Verwaltung offener Depots
Annahme von Depositengeldern
Eröffnung laufender und Scheck-Rechnungen.
A.315.26

J. A. Krebs, Bankgeschäft
A.291.27 **Freiburg i. Breisgau**
Gewissenhafte Besorgung von Vermögensanlagen aller Art, Wertpapier- u. Hypotheken-Verkehr, Finanzierungen.

Pfälzische Bank Agentur Donaueschingen
A.293.27 Hauptsitz in Ludwigshafen a. Rhein
Aktienkapital: Mk. 50 000 000. Reserven: Mk. 9 000 000.
Eröffnung laufender Rechnungen u. Scheck-Konten
Annahme von Spar- und Depositengeldern
An- u. Verkauf von Wertpapieren.
Verwaltung und Aufbewahrung derselben in dem feuer- und diebessicheren Gewölbe der Bank.

Dresdner Bank
Aktienkapital: 200 Millionen M. Reserven: 60 Millionen M.
Niederlassungen im Großherzogtum Baden:
Mannheim ▫ Heidelberg
Freiburg i. B.
A.314.27
Sorgfältige Erledigung aller bankmäßigen Geschäfte.

Rheinische Treuhand-Gesellschaft A.-G.
Tel. 7155 **Mannheim O 7, 26** Tel. 7155
übernimmt
Revisionen, Bilanz-Prüfungen, Sanierungen, Liquidationen, Vermögens-Verwaltungen, Testaments-Vollstreckungen, Vermittlung v. Gründungen u. sonst. Treuhändergeschäfte
Unbedingte Verschwiegenheit zugesichert.

Bürgerliche Rechtspflege.

a. Streitige Gerichtsbarkeit.

Konkurseröffnung.

O.951. Nr. 6907. **Freiburg.** Über das Vermögen der Firma **Bertha Oettinger,** Inhaberin Bertha Oettinger, Straußenfederngeschäft in Freiburg, wurde heute am 26. Juli 1911, nachmittags 4 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Der Kaufmann Karl Montigel hier wurde zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 16. August 1911 bei dem Gerichte anzumelden.

Es ist Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf

Freitag, 25. August 1911, vormittags 9 Uhr,

und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

Freitag, 25. August 1911, vormittags 9½ Uhr.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 16. August 1911 Anzeige zu machen.

Freiburg, 26. Juli 1911.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts III.

O.952. **Pforzheim.** Über das Vermögen der **Luise Sutter,** Inhaberin eines Putzgeschäfts hier, westl. Karlfriedrichst. 46, wurde heute am 27. Juli 1911, vormittags 11.30 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.

Der Rechtsanwalt Gräßle hier wurde zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 17. August 1911 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wurde Termin anberaumt vor dem Großh. Amtsgerichte, 2. Stock, Zimmer Nr. 19, zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

Samstag, 26. August 1911, vormittags 9 Uhr.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 17. August 1911 Anzeige zu machen.

Pforzheim, 27. Juli 1911.
Gerichtsschreiberei Gr. Amtsgerichts A IV.

Konkursverfahren.

O.954. **Schwetzingen.** In dem Konkurs-Verfahren über das Vermögen des Schuhwarenfabrikanten **Friedrich Kaukoreit** in Schwetzingen wurde die Vornahme der Schlußverteilung genehmigt u. Termin zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke, sowie zur Anhörung der Gläubiger über die Erstattung der Auslagen und die Gewährung einer Vergütung an die Mitglieder des Gläubigerausschusses bestimmt auf

Dienstag, 22. August 1911, vormittags 8 Uhr,

vor dem Amtsgericht hierselbst.

Die dem Rechtsanwalt Hörner hier als Konkursverwalter in obigem Konkurse erwachsenen baren Auslagen werden auf 171,15 M., die demselben bewilligte Vergütung wird auf 500 M. festgesetzt.

Schwetzingen, 25. Juli 1911.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

O.966. **Schwetzingen.** In dem Konkurs-Verfahren über über das Vermögen des Schuhfabrikanten **Friedrich Kaukoreit** in Schwetzingen soll Schlußverteilung erfolgen. Dazu sind 15 698 M. 65 Pf. verfügbar. Zu berücksichtigen sind Forderungen im Betrage von 47 245 M. 34 Pf., wovon 118 M. 86 Pf. bevorrechtigt sind.

Das Schlußverzeichnis liegt auf der Gerichtsschreiberei des Großh. Amtsgerichts Schwetzingen zur Einsicht auf.

Schwetzingen, 27. Juli 1911.
Der Konkursverwalter:
Hörner, Rechtsanwalt.

Bekanntmachung.

O.967. **Schwetzingen.** In dem Konkurs-Verfahren über das Vermögen der **Süddeutschen Möbelindustrie e. G. m. b. H.** in Schwetzingen soll Schlußverteilung erfolgen. Dazu sind 19 034 M. 71 Pf. verfügbar. Zu berücksichtigen sind Forderungen im Betrage von 29 979 M. 75 Pf., wovon 436 M. 75 Pf. bevorrechtigt sind.

Das Schlußverzeichnis liegt auf der Gerichtsschreiberei des Großh. Amtsgerichts Schwetzingen zur Einsicht auf.

Schwetzingen, 27. Juli 1911.
Der Konkursverwalter:
Hörner, Rechtsanwalt.

O.955. **Überlingen.** Das Konkurs-Verfahren über das Vermögen des Hochbautechnikers **Franz Josef Gamon** in Überlingen wurde unterm 25. d. M. nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

Überlingen, 26. Juli 1911.
Gerichtsschreiberei Gr. Amtsgerichts.

O.931. **Villingen.** In dem Konkurs-Verfahren über den Nachlaß des Schildmalers **Jakob Erasmus Obergfell** von St. Georgen wurde Termin zur Beschlußfassung der Gläubiger über die Verwertung der Grundstücke bestimmt auf

Dienstag, 8. August 1911, vormittags 9 Uhr.

Villingen, 23. Juli 1911.
Gerichtsschreiberei Gr. Amtsgerichts.

O.956. **Villingen.** In dem Konkurs-Verfahren über das Vermögen der Firma **„Cigarrenkaiser" Inhaberin Emma Kaiser Witwe** in Villingen hat die Gemeinschuldnerin einen Vorschlag zu einem Zwangsvergleiche eingereicht. Der Gläubigerausschuß hat denselben zur Annahme empfohlen. Termin zur Beschlußfassung über den Zwangsvergleichs-Vorschlag wurde bestimmt auf

Samstag, 19. August 1911, vormittags 9 Uhr,

vor Großh. Amtsgerichte hier. Der Vorschlag und die Erklärung des Gläubigerausschusses sind diesseits niedergelegt.

Villingen, 24. Juli 1911.
Gerichtsschreiberei Gr. Amtsgerichts.